

Medienmitteilung des Dachverbands für Natur- und Umweltschutz und des Heimatpflegeverbands zur mangelhaften Bürgerbeteiligung beim Abbau von Schotter

### Keine Spur vom Schotterplan

**Schottergruben sprießen in Südtirol derzeit wie Pilze aus dem Boden. Die Bevölkerung vor Ort fühlt sich meist nicht ausreichend informiert, wie das Beispiel Schnals zeigt. Der Dachverband für Natur- und Umweltschutz und der Heimatpflegeverband Südtirol stellen mit Bedauern fest, dass der von der Landesregierung im Februar dieses Jahres angekündigte Landesplan der Gruben, Steinbrüche und Torfstiche weiter auf sich warten lässt.**

Die Landesregierung hatte Mitte Februar über eine Medienmitteilung angekündigt, dass für Steinbrüche, Gruben und Torfstiche „gesetzliche Neuregelung angepeilt“ werden. „Zu diesem Zweck seien eine konfliktbereinigte Kartografie der Sand- und Schottervorkommen einschließlich aller wichtigen Informationen zu erstellen, ein Monitoring von Bedarf und Abbau einzuführen und die Abbaubedingungen zu überarbeiten“, so die Landesregierung. Der bisherige Landesplan für Steinbrüche, Gruben und Torfstiche ist 2015 abgelaufen. Seitdem fehlt ein vorausschauendes Konzept, also ein koordiniertes und am Bedarf orientiertes Vorgehen zum Abbau von Schotter etc. Ohne landesweiten Plan ist auch keine Bewertung möglich, wo in Südtirol wie viel Schotter abgebaut werden darf, damit die Bevölkerung nicht durch Lärm und Staub belastet wird, und wo der Abbau möglichst umweltverträglich und landschaftsschonend erfolgen kann.

Die Folge: Es fehlt eine plausible Erhebung des Bedarfs von Seiten des Landes. Die Unternehmen erarbeiten daher einzeln Projekte, reichen diese beim Land ein und diese werden einzeln, meist unabhängig voneinander überprüft und fallweise genehmigt. Die lokalen Notwendigkeiten werden nicht berücksichtigt und jedes Unternehmen versucht seine Schäfchen ins Trockene zu bringen. Auf dem Portal der Agentur für Umwelt und Klimaschutz wurden allein in der ersten Hälfte des Jahres 2022 rund ein Dutzend Projekte für Schottergruben bzw. Steinbrüche veröffentlicht. Zurzeit werden die Vorhaben geprüft in der Gemeinde Partschins für eine Dauer von 15 Jahren mehr als 170.000 m<sup>3</sup> Marmor abzubauen. In Leifers, in unmittelbarer Nähe des Ortszentrums, soll für eine Dauer von 16 Jahren mehr als 200.000 m<sup>3</sup> Porphyrt abgebaut werden.

Der noch immer ausstehende Grubenplan erschwert auch die Beteiligung und Einbeziehung der Menschen vor Ort. Die Unterlagen zu den Projekten werden zwar auf dem Portal der Agentur für Umwelt und Klimaschutz veröffentlicht und Interessierte können ihre Stellungnahmen abgeben, die betroffenen Gemeinden und der für Wirtschaft zuständige Landesrat verabsäumen es aber meist die Bürger\*innen über die geplanten Projekte rechtzeitig zu informieren und ihre Möglichkeiten sich in das Genehmigungsverfahren einzubringen. Trauriges Beispiel dafür sind die beiden geplanten Gruben im Schnalstal. Bereits im Jahr 2020 mahnte die Volksanwältin, dass die Einbindung der betroffenen Bevölkerung in solchen Projekten von Anfang an zwingend vorgesehen werden muss.

Der Dachverband für Natur- und Umweltschutz und der Heimatpflegeverband fordern daher die Entscheidungsträger\*innen auf allen Ebenen auf, die betroffenen Anrainer rechtzeitig einzubinden. An die Landesregierung richten sie den Appell, die angekündigte Überarbeitung des Grubenplans endlich abzuschließen.